

Die hier Unterzeichnenden beantragen die **Änderung der Bayerischen Landessatzung** an folgend bezeichneter Stelle:

Neufassung des § 6 Abs. 3 der Landessatzung :

Für die Delegiertenwahl zur Europawahlversammlung zur Europawahl 2024 gilt die in diesem Absatz beschriebene einmalige Sonderregelung, die mit Ablauf des 30.06.2024 außer Kraft tritt. Die vom Landesverband zur Europawahlversammlung zu entsendenden Delegierten werden entsprechend der Mitgliederzahl zum 01.06.2023 auf die an diesem Tag bestehenden Kreisverbände verteilt. Jeder Kreisverband erhält einen Grunddelegierten. Die danach verbleibenden Delegierten des Landesverbands werden auf die Kreisverbände nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren verteilt. Bei Uneindeutigkeit erhält der Kreisverband den Delegierten, der mehr Mitglieder hat, bei Mitgliedergleichheit entscheidet das Los aus der Hand des Landesvorsitzenden. Soweit sich Kreisverbände nach dem 01.06.2023 gründen, teilen, auflösen oder mit anderen Kreisverbänden vereinigen, bleibt dies für die Verteilung der Delegierten zur Europawahlversammlung außer Betracht. Sind oder werden in solchen Fällen nach dem 01.06.2023 Delegiertenwahlen erforderlich, sind diese in Mitgliederversammlungen entsprechend dem räumlichen Tätigkeitsbereich der am 01.06.2023 bestehenden Kreisverbände zu wählen, zu denen jeweils der Vorstand der niedrigsten Gliederung einlädt, deren räumlicher Tätigkeitsbereich den gesamten räumlichen Tätigkeitsbereich des am 01.06.2023 bestehenden Kreisverbands umfasst. Im Übrigen gilt § 6 Abs. 1 bis 2 entsprechend.

Begründung: Mit der bisherige Satzungsregelung werden die Mitglieder von sehr kleinen Kreisverbänden (oft durch KV-Teilung bedingt) von der Möglichkeit ausgegrenzt, Delegierte zur Aufstellung der Europaliste für die Europawahl 2024 zu entsenden, sind in diesem Sinne von der demokratischen Willensbildung abgeschnitten. Dies Tatsache läuft dem Gedanken des § 10 des Europawahlgesetzes zuwider und bedarf, auch um die Legitimation der Gesamtheit der Bayerischen Delegierten nicht zu gefährden, der Heilung.

Der hier eingebrachte – zeitlich und sächlich befristete – Satzungsänderung ist somit notwendig, um kurzfristig die Möglichkeit zu schaffen, dass **alle** Parteimitglieder am demokratischen Willensbildungsprozess zur Wahl der Delegierten zur Europalistenauflistung beteiligt werden, so wie es die sorgfältige Beachtung des Paragraph 10 des Europawahlgesetzes erfordert.

Die Unterzeichner: Stephan Protschka, Rainer Rothfuß, Martin Böhm, Manfred Schiller, Ferdinand Mang, Georg Hock, Benjamin Nolte, Kathrin Knabe, Michael Stauch, Erhard Brucker.